



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Mobilität -

Tagesordnung I Punkt 9.2 der öffentlichen Sitzung am 9. März 2023

Vorlagen-Nr. 22-F-69-0073

Zukunft des Fuhrparks von ESWE Verkehr

- Antrag der Fraktionen von FDP, CDU und BLW/ULW/BIG vom 23.11.2022 -

Mit Bericht vom 18.11.2022 warf der Wiesbadener Kurier die Frage auf, ob die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH in Zukunft seine Wasserstoffbusse verkaufen möchte. Gleichzeitig hat die neue Geschäftsführung Pläne zur Anschaffung von sog. Range-Extender-Bussen verworfen. Auch die eingesetzten Elektrofahrzeuge haben hinsichtlich Reichweite und Brandschutz bisher auch einige negative Schlagzeilen produziert - insbesondere auch im Zusammenhang mit nicht ausreichend vorhandenen Lademöglichkeiten. Abseits einer offensichtlich mangelnden Kontrolle durch den Verkehrsdezernenten hinsichtlich der Plausibilität der genannten Vorhaben, stellt sich die Frage, wie sich der Busbestand und entsprechende Lademöglichkeiten der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH in Zukunft entwickeln sollen - verbunden mit den Fragen nach Technologieoffenheit und Sicherheit der aktuellen (provisorischen) Abstellflächen für die Busse. Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten,
 - a) wie sich der Fahrzeugbestand (aufgeteilt nach den verschiedenen Antriebsarten Treibstoff, Elektro, Wasserstoff/Range Extender) der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH mittelfristig bis 2030 entwickeln soll.
 - b) welche weiteren Lademöglichkeiten für Elektrobusse geschaffen werden sollen - insbesondere auf der angemieteten Parkfläche auf dem ehemaligen Real-Gelände.
 - c) wie die jährliche Kilometerleistung der vorhandenen Busse auch im Vergleich zu durchschnittlichen Kilometerleistungen bei anderen Verkehrsunternehmen bewertet wird.
2. zu veranlassen, dass im Sinne der Technologieoffenheit von einem Verkauf der Brennstoffzellenbusse und einer Rückabwicklung der Wasserstofftechnologie zur Nutzung bei der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH in Wiesbaden Abstand genommen wird, soweit dies geplant ist.
3. eine TÜV-Begutachtung aller Abstellflächen (auch angemieteter Flächen) für Busse zu veranlassen, die die Sicherheit (Verkehrssicherheit, Arbeitssicherheit, Gefahren für Umwelt, etc.) dieser Abstellflächen hinsichtlich der entsprechenden Nutzung begutachtet und insbesondere auch den Brandschutz bei der Abstellung der Elektrobusse bewertet.

Beschluss Nr. 0023

- I. Die Ziffern 1. und 2. des Antrages sind durch Aussprache erledigt.
- II. Die Ziffer 3. des Antrages wird abgelehnt

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 23.03.2023

Martin Kraft
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .03.2023

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2023

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Oliver Franz
Bürgermeister